



Liebe Leserinnen und Leser,

In den kommenden Wochen und Monaten stehen viele wichtige innenpolitische Vorhaben an. In dieser Woche berieten wir im Plenum ein Gesetz zum schnelleren Ausbau des Internets in Deutschland und schlossen das Gesetz über drei weitere sichere Herkunftsstaaten ab. Zudem gab es im Koalitionsausschuss eine Einigung zum Thema Werkverträge und Leiharbeit. Schließlich gehen die Vorberatungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, zur Integration und zu einem weiteren Anti-Terrorgesetz weiter, damit wir uns möglichst bald mit diesen wichtigen Themen im Bundestag befassen können.

Bei allen unseren Aktivitäten sollten wir uns von der Frage leiten lassen, was wir für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger und für das Allgemeinwohl unseres Landes tun können. Das ist das beste Rezept gegen bloße Stimmungsmache. Das Thema innere Sicherheit brennt den Menschen unter den Nägeln, es reicht bis in den Alltag der Bürger hinein. Auch um unsere einheimischen Landwirte müssen wir uns intensiv kümmern und konkrete Maßnahmen angehen, denn die Situation auf vielen Bauernhöfen ist dramatisch.

Immens sind zudem die europäischen und außenpolitischen Herausforderungen dieser Tage. Wir müssen als starkes Land in der Mitte Europas ein Anker der Stabilität bleiben, wie uns gerade der Blick auf die Verhältnisse in Österreich lehrt. Mit Klugheit, wohl überlegter Sprache und Tatkraft wird es uns als Union am besten gelingen, weiterhin für Stabilität und Sicherheit in Deutschland zu sorgen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



KURZ UND BÜNDIG

29. April
CDU Kreisparteitag Goslar

03. Mai
Besuch der Regionalstelle
Braunschweig des BAMF

03. Mai
Gemeinderatsfraktion
Cremlingen

04. Mai
CDA Landesverband
Braunschweig "Arbeits- und
Sozialpolitik Heraus-
forderungen für Kommunen,
Land und Bund"

11. Mai
Besuch der Arbeitnehmer-
gruppe bei der Bundes-
kanzlerin Dr. Angela Merkel

TERMINE

13. Mai 16Uhr
Konfliktmoderation A2B

19. Mai 10Uhr
Besuch Kindertagesstätte Am
Schulplatz, Seesen

19. Mai 19Uhr
Seniorenunion Salzgitter,
Kniestedter Gutshaus

20. Mai 9Uhr
CDU-Landesverband
Braunschweig,
3. Braunschweiger Runde,
Peine

20. Mai 14Uhr
A2B

20. Mai 17Uhr
Kreistagsfraktion

21. Mai
Kreisparteitag CDU
Wolfenbüttel



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Einer von uns in Berlin –
Sitzungswochen vom 9. bis 13. Mai
2016

Gesetz zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten. Asylantragsteller aus Algerien, Marokko und Tunesien haben in fast allen Fällen keine Aussicht auf einen Schutzstatus. Aus diesem Grund beschlossen wir ein Gesetz in zweiter und dritter Lesung, mit dem die Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Staaten deutlich beschleunigt werden können. Dadurch verkürzen wir deren effektive Aufenthaltsdauer in Deutschland und entlasten das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, damit dieses seine Ressourcen besser nutzen kann. Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates.

Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG). Um das schnelle Internet zügiger auszubauen, berieten wir in dieser Woche das „Diginetzgesetz“ zur Reduzierung der Kosten, die beim Ausbau digitaler Netze entstehen. Das Gesetz setzt auf drei Instrumente. Wir verbessern über eine zentrale Stelle bei der Bundesnetzagentur die Informationslage zu mitnutzbarer, schon bereitstehender öffentlicher Infrastruktur. Zweitens erleichtern wir den Netzbetreibern, etwa Abwasserleitungen, Fernwärmenetze oder Straßen und Schienen mit zu nutzen. Auch an mit zu verlegende Leerrohre bei Infrastrukturmaßnahmen ist gedacht. Zusätzlich stellen wir klar, dass bei Erschließungsmaßnahmen in Neubaugebieten immer bereits Glasfaserkabel mitverlegt werden.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

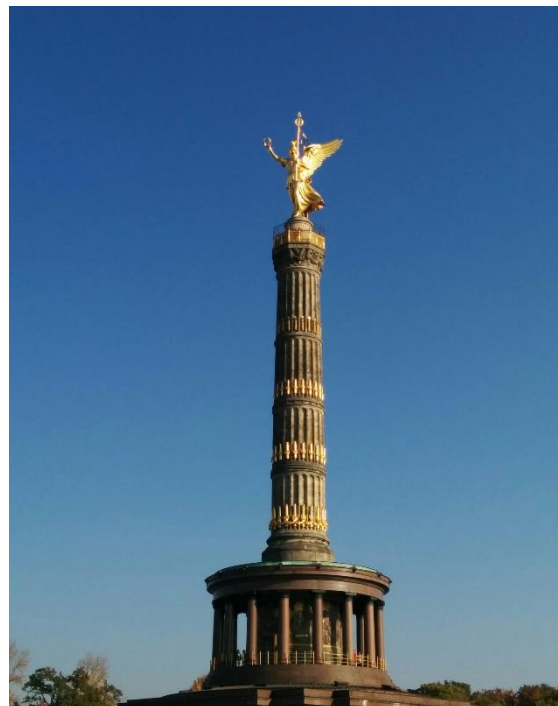
uwe.lagosky@bundestag.de



Fluchtursachen bekämpfen – Aufnahmestaaten um Syrien sowie Libyen entwicklungspolitisch stärken. Der Bürgerkrieg in Syrien und die daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen treffen insbesondere die umliegenden Staaten wie die Türkei, Jordanien und den Libanon. Auch der Norden des Iraks sowie zunehmend auch Libyen nehmen einen Großteil der syrischen Flüchtlinge auf – insgesamt etwa 4,8 Millionen Menschen. Die durch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung koordinierte deutsche Entwicklungspolitik trägt dazu bei, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Lage vor Ort zu verbessern. Dies geschieht etwa durch reguläre bilaterale Zusammenarbeit, Unterstützung überstaatlicher Institutionen wie den Vereinten Nationen oder eigenen Sonderinitiativen. Wir fordern in einem Antrag die Bundesregierung auf, die begonnenen Maßnahmen fortzusetzen und weitere Anstrengungen vorzunehmen, um den eingeschlagenen Weg der Bekämpfung von Fluchtursachen erfolgreich fortzusetzen.

Gesetz zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts. Um die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes in der Praxis zu erleichtern und seine Wirkung zu erhöhen, entwickelten wir in zweiter und dritter Lesung einzelne Regelungen im Sinne einer besseren Umsetzbarkeit weiter. Diese Regelungen betreffen maßgeblich den Umgang mit Behinderten in Bezug auf Bundeseinrichtungen. Unter anderem passen wir den Begriff der Behinderung an den Wortlaut der VN-Behindertenrechtskonvention an. Die Barrierefreiheit soll verbessert werden, etwa beim Einsatz entsprechender Informationstechnik innerhalb der

Bundesverwaltung, durch die Benutzung von „leichter Sprache“. Gleichzeitig stärken wir durch ein Einzelpersonen zugängliches kostenfreies Schlichtungsverfahren die Position behinderter Menschen gegenüber Trägern öffentlicher Gewalt. Wir haben darüber hinaus klargestellt, dass die Mitnahme etwa von Blindenhunden oder benötigten Hilfsmitteln in Bundeseinrichtungen stets zulässig ist.



Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EU NAVFOR Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias. Mit der Operation ATALANTA sorgt Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern seit 2008 für die Sicherheit vor der Küste Somalias. Seit Beginn der Mission sind die Piratenangriffe stark zurückgegangen, der letzte gelungene Überfall auf ein Handelsschiff erfolgte 2012. Wir tragen in namentlicher Abstimmung für die Absicherung einer fortgesetzten deutsche Beteiligung an der erfolgreichen Operation



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



auf Antrag der Bundesregierung bei. Die Personalobergrenze wird dabei verringert. Somalia bleibt allerdings eines der größten humanitären Krisengebiete. ATALANTA ist dabei neben Einsätzen wie EUTM Somalia oder der zivilen EUCAP NESTOR-Mission Teil einer Strategie, um den Aufbau eines funktionierenden Staates zu unterstützen und dadurch Ursachen für Armut und Flucht zu beseitigen.

Wussten Sie schon...?

..., dass sich im Bundestag Kunstwerke von u.a. Gerhard Richter, Joseph Beuys, Anselm Kiefer, Neo Rauch, Katharina Sieverding, Sigmar Polke, Markus Lüpertz, Georg Baselitz, Christo und 102 weiteren Künstlern befinden?



Daten und Fakten

Deutschland attraktivstes europäisches Investitionsziel. Deutschland belegt im 16. Foreign Direct Investment (FDI) Confidence Index, für den die Managementberatung A.T. Kearney jährlich die 1.000 weltweit größten Unternehmen nach den attraktivsten Zielländern für deren ausländische Direktinvestitionen befragt, den vierten Platz und rückt damit gegenüber dem Vorjahr um einen Platz nach vorne. Die USA und China belegen bereits zum vierten Mal in Folge die Spitzenpositionen, gefolgt von Kanada an dritter Stelle. Das Volumen ausländischer Direktinvestitionen hat mit insgesamt geschätzten 1,7 Billionen Dollar wieder das

Niveau vor der Finanzkrise erreicht. Die Unternehmen sehen dabei vor allem in Europa große Wachstumschancen – 13 Länder haben es unter die Top 25 geschafft. Angesichts weltweiter Unsicherheiten ist dabei auch ein Trend hin zu Investitionen in hochentwickelte Industrienationen auszumachen: Waren im Jahr 2010 noch mehr als 70 Prozent der im Ranking vertretenen Nationen Schwellenländer, sank deren Anteil nach 50 Prozent in 2013 auf nur noch 20 Prozent in 2015. (Quelle: FDI Confidence Index 2016)

Steigende Immobilienpreise erwartet. Die Landesbausparkassen rechnen aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage auf dem deutschen Immobilienmarkt mit weiteren Preissteigerungen. Bis zum Jahresende wird dabei ein spürbarer Preisanstieg zwischen 3 und 4 Prozent erwartet. Die wachsende Nachfrage ist dabei insbesondere durch die attraktiven Finanzierungsbedingungen, die gute Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung sowie den weiter steigenden Wohnraumbedarf bedingt. Insbesondere in und um die Großstädte im Süden des Landes werden Spitzenpreise erzielt: In München etwa kostet ein gebrauchtes, freistehendes Einfamilienhaus mit einer Million Euro mehr als fünfmal so viel wie in den ostdeutschen Großstädten Halle oder Magdeburg. Die Preise für neue Eigentumswohnungen steigen hingegen überall, insbesondere an touristisch interessanten Orten, in Ballungsräumen und Universitätsstädten. Dabei variieren die Preise in Groß- und Mittelstädten jedoch deutlich: Während der Quadratmeter im Osten Deutschlands zwischen 1.440 und 2.120 Euro kostet, liegen die Preise im Norden und Westen zwischen 1.890 und 3.080 Euro. Mit 2.900 bis 4.010 Euro sind die Quadratmeterpreise im Süden Deutschlands



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



am höchsten. (Quelle: LBS Markt für Wohnimmobilien 2016)

Neues aus Berlin

Jetzt bewerben: USA-Stipendium. Auch in diesem Jahr wollen wir Jugendlichen ermöglichen, internationale Erfahrungen der besonderen Art zu sammeln. Daher besteht jetzt für alle Interessierten die Möglichkeit sich für ein Stipendium zu bewerben. Beim PPP handelt es sich um ein gemeinsames Stipendienprogramm des Deutschen Bundestages und des Kongresses der USA.

Während des einjährigen Aufenthaltes wohnen die Teilnehmer bei einer Gastfamilie und besuchen für die Dauer eines Schuljahres eine amerikanische Highschool bzw. einen amerikanischen Betrieb. Im Rahmen des PPP betreut Sie ein Kongressabgeordneter. Das Stipendium umfasst die Reise- und Programmkosten sowie die notwendigen Versicherungen. Nutzen Sie die Chance sich kulturell und politisch weiter zu entwickeln.

Schüler zwischen 15 und 17 Jahren sowie junge Berufstätige bis 24 Jahren können sich bis zum 16. September 2016 für einen

einjährigen USA-Aufenthalt bewerben. Weitere Informationen unter www.bundestag.de/ppp

Bereits drei Jugendlichen konnte ich die Teilnahme ermöglichen und ihre begeisterten Berichte haben mich absolut vom Parlamentarischen Patenschaftsprogramm überzeugt. Es wäre großartig, wenn sich dieses Jahr wieder viele Interessierte aus unserer Region bewerben.

Besuch der Arbeitnehmergruppe bei der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Diese Woche besuchten wir seitens der Arbeitnehmergruppe der CDU-Bundestagsfraktion Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Im Rahmen eines gemeinsamen Abendessens, unterhielten wir uns über Rente sowie andere arbeitspolitische Themen. Dabei hatte ich die Gelegenheit meine Ansichten zum Thema Arbeit 4.0 darzulegen. Im Fokus standen dabei Aspekte des Arbeitsschutzes, Selbstständigkeit, Mitbestimmung sowie Arbeitszeiten. Mir war es wichtig der Kanzlerin zu vermitteln, dass die Politik bei diesem Thema Leitplanken setzen muss.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Stellungnahme zur Pressemitteilung der Bürgerinitiative „kein frack in wf“.

Land auf Land ab werden die Fracking-kritischen Parlamentarier der CDU im Deutschen Bundestag mit gleichlautenden oder zumindest ähnlichen Presseerklärungen der Grünen und Anti-Frack-Bewegungen kritisiert. Das ist mir vor dem Hintergrund ähnlicher Ziele unverständlich. Persönlich hat sich an meiner Haltung zum Fracking nichts geändert.

Den Antrag der Grünen-Opposition im Bundestag habe ich abgelehnt, weil er ohne Beratung und Aussprache abgestimmt werden sollte. Das widerspricht meinem Verständnis von Demokratie. Zu meinem Abstimmungsverhalten habe ich eine persönliche Erklärung nach der Geschäftsordnung des Bundestages abgegeben. Diese ist im Plenarprotokoll vom 28. April 2016 nachzulesen. Das findet leider in dem Text von Herrn Dr. Fischer keine Erwähnung.

Mit der Ablehnung des Grünen-Antrags erhalte ich mir die Handlungsfähigkeit im Hinblick auf die Beratung des Regierungsentwurfs von Sigmar Gabriel und Barbara Hendricks. Das weitere parlamentarische Verfahren werde ich aktiv begleiten.

„Bis zu dem Zeitpunkt, an dem Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten ohne Schäden für die Umwelt abgebaut werden kann, sollten die Lagerstätten lediglich als nationale Energiereserve gewertet werden.“ Dafür hat sich unter anderem der CDU-Kreisverband Wolfenbüttel mit einer kreisweiten und darüber hinaus gehenden Unterschriftenaktion eingesetzt. Durch unsere Aktivitäten auf Kreis- und Landesebene haben wir sicherlich dazu beigetragen, dass die Diskussion entfacht

wurde und wir von Erkundungsbohrungen in der Region verschont geblieben sind.

Solange Fracking nicht ohne wassergefährdende Stoffe möglich ist und eine Gefährdung von Menschen, Trinkwasser und Umwelt nicht hinreichend wissenschaftlich ausgeschlossen ist, sollte diese Technologie nicht zum Einsatz kommen. In jedem Fall hat aus meiner Sicht das Parlament auf Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse die Entscheidung zu treffen und nicht, wie in den bisherigen Entwürfen zu dem Gesetz vorgesehen, eine Expertenkommission.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Kommentar zur Flüchtlingspolitik.

Liebe Leserinnen und Leser, die vergangenen Monate waren zweifelsohne für alle sehr intensiv. Mit der großen Anzahl an Flüchtlingen die nach Deutschland gekommen sind, hat sich zugleich eine hitzige Debatte über den Umgang mit dieser Situation entbrannt. Bei vielen Veranstaltungen, ob in unserer Region oder im Bundestag, habe ich viele Meinungen gehört und rege Diskussionen geführt, die mir ein differenziertes Stimmungsbild über die Lage gegeben haben. Hier zeigte sich mir einmal mehr, dass Meinungsunterschiede der Kern der Politik sind.

Auch Flüchtlinge und Integrationskurse besuchten mich in Berlin, um unsere parlamentarische Demokratie kennenzulernen. Mit ihnen konnte ich mich über Ihre Anschauungen und Sorgen austauschen. Zugleich führte ich Gespräche mit Vertretern von Institutionen, wie dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Braunschweig, den Hilfsorganisationen oder der Erstaufnahmeeinrichtung in Braunschweig. Darüber hinaus habe ich auch im Landkreis Regensburg in Bayern eine



Uwe Lagosky MdB

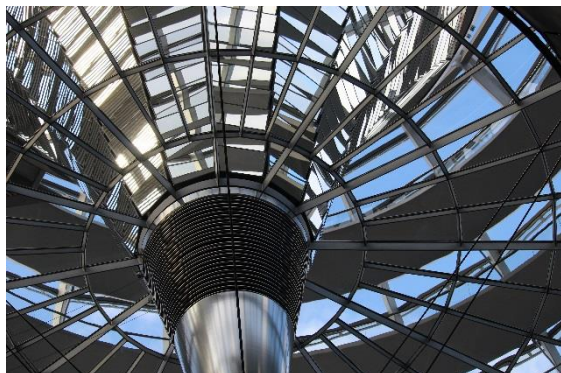
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Erstaufnahmeeinrichtung sowie das BAMF besucht, um einen Vergleich zu bekommen. Alle diese Gespräche und Termine haben mich in meiner politischen Meinungsfindung bestärkt und haben mir Ansichten zur Flüchtlingspolitik gegeben, die ich Ihnen gerne erläutern möchte.



Flüchtlingspolitik bedeutet für mich zunächst der Umgang mit geflüchteten Menschen in Deutschland; sowie die Maßnahmen die der Bund, die Länder und die Kommunen auf diese besondere Situation finden. Wichtig ist mir dabei besonnen an das Thema heranzugehen und die Wirkungen einzelner Entscheidungen abzuwägen. Denn das Spektrum der erforderlichen politischen Reaktionen ist enorm komplex. Rasche und impulsive Entscheidungen halte ich dort für fehl am Platz. Häufig höre ich zum Beispiel die Forderung nach Grenzsicherungen für Deutschland. Das scheint die simpelste Lösung unserer Probleme zu sein. Doch ist das so? Ich denke nicht. Denn dabei wird außer Acht gelassen, welche weitläufigen Konsequenzen eine solche Entscheidung für uns innerhalb Europas hätte. Wohin gehen denn die geflüchteten Menschen dann? Zu unseren osteuropäischen Nachbarn, zwischen den es bereits letztes Jahr zu Grenzkonflikten kam? In der krisengeschüttelten Balkan-Region sind immer noch über 700 deutsche Soldaten im Rahmen einer NATO-Mission zur Befriedung stationiert. Eine erhöhte Anzahl

an Flüchtlingen in dieser Region könnte die Friedensbemühungen des vergangenen Jahrzehnts zunichtemachen. Oder nach Griechenland, dass nach dem finanziellen Fast-Bankrott nur langsam wieder auf die Beine kommt? Das ist langfristig keine gute Entscheidung. Und auch unseren freien Binnenmarkt müssten wir durch Grenzsicherungen aufgeben. Aktuell exportieren wir immerhin 58 Prozent unserer Güter innerhalb der EU. Dies wäre ein erheblicher Dämpfer für unsere Wirtschaft und somit auch für unseren Wohlstand. Die Arbeitsplätze vieler Menschen in Deutschland wären dann gefährdet. Auch in unserer Region, die stark vom Export profitiert, wären Stellenstreichungen zu befürchten.

Freiheit, Demokratie und soziale Sicherheit stehen für die CDU in Europa in einem unauflösbaren Zusammenhang. Die 500 Millionen Einwohner des größten Binnenmarktes der Welt leben heute in Sicherheit und genießen überwiegend einen hohen Lebensstandard. Das gilt insbesondere für unsere offenen Grenzen. Ein Leben ohne die Europäische Union ist für uns Deutsche heute nicht mehr vorstellbar.

Gegenwärtig stehen Grenzsicherungen glücklicherweise nicht zur Diskussion innerhalb der Bundesregierung. Bis allerdings ein wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen gewährleistet ist und damit entscheidende Verbesserungen für die Innere Sicherheit in Europa erreicht sind, werden Personenkontrollen an den Binnengrenzen im Einklang mit dem europäischen Recht fortgeführt. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat dazu die Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze um ein halbes Jahr verlängert. Die Kontrollen dienen hauptsächlich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und anderer Formen schwerer Kriminalität.

Uwe Lagosky MdB

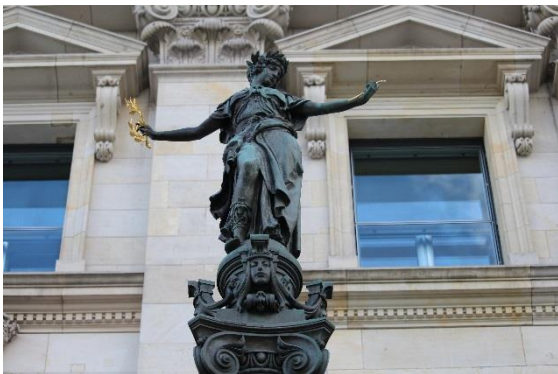
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Darüber hinaus gibt es wöchentlich neue Baustellen, wie aktuell das Flüchtlings-Abkommen mit der Türkei. So befürworte ich generell das Abkommen, mit dem wir nun eine faire Lastenverteilung innerhalb der EU erreichen und zugleich Schleppern das Handwerk legen. Das Ziel der EU ist es, das nur noch diejenigen Menschen in Europa Schutz vor Krieg und Verfolgung erhalten, die ihn benötigen. Diese Zusage gilt aber nicht unbeschränkt, sie ist auf 72 000 Flüchtlinge aus der Türkei begrenzt. Mit Ausnahme von Ungarn und der Slowakei gibt es eine große Bereitschaft aller anderen 26 EU-Mitgliedstaaten, sich an der Aufnahme der Flüchtlinge zu beteiligen. Damit wird die Europäische Union auch ihrer humanitären Verantwortung gerecht. Dass wir dabei einen Deal mit einem autokratischen Führer eingehen mussten, halte ich natürlich für problematisch. Wir durchbrechen damit allerdings das Geschäftsmodell der Schlepperbanden und können zugleich die EU-Außengrenzen stärken. Um es mit den Worten von Bundesfinanzminister Schäuble zu sagen: „Wer politisch handelt, muss Entscheidungen treffen, bei denen man nicht ohne Schuld bleibt.“



Strittig bleibt nun der Teil des Abkommens, der eine Visa-Freiheit für die Türkei vorsieht. Diese soll in diesem Jahr in Kraft treten, sofern die Türkei bis dahin insgesamt alle 72 Voraussetzungen erfüllt, wie z. B.

fälschungssichere Pässe oder die Änderung der Anti-Terror Gesetze, welche die Pressefreiheit im Land enorm einschränken. Die Türkei ist noch davon entfernt die Voraussetzungen erfüllt zu haben und macht auch keine Anstalten, diese in nächster Zeit vollständig zu tun. Sowohl das EU-Parlament als auch die Bundesregierung behandelten diesen Missstand in dieser Woche. Aktuell schließt das EU-Parlament eine Behandlung des Visa-Abkommens aus, wenn nicht die 72 Punkte vollständig erfüllt sind. Wenn der türkische Präsident die Visafreiheit will, muss er etwas dafür tun. Visafreiheit bedeutet in diesem Zusammenhang, das Wegfallen einer Visapflicht für Tourismusreisen bis zu 90 Tagen. Damit geht keine Arbeits- oder Niederlassungserlaubnis einher. Wie es nun mit der Türkei weitergeht, wird sich in den kommenden Wochen entscheiden.

Wichtig ist mir bei diesen Themen und der Flüchtlingspolitik im Ganzen, dass wir als Christdemokraten geschlossen einen politischen Weg gehen. Von Konflikten innerhalb unserer Partei profitieren letztlich andere. Das haben uns die jüngsten Landtagswahlen gezeigt. Überall dort, wo sich die Landesverbände vom Kurs der Bundes-CDU abgegrenzt haben, gab es ordentliche Wahlschlappen. Auch in Bayern rangiert die AfD in Prognosen bei 9 Prozent. Es ist eine Partei des Protests und aus diesem Spektrum bekommen sie ihre Wählerstimmen. Das beste Mittel gegen bloße Stimmungsmache sind durchdachte Entscheidungen und die Verlässlichkeit unserer Politik.

Über das anstehende Integrationsgesetz werde ich nächster Zeit ausführliche informieren.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

